

# gymnasium

DIE ZEITSCHRIFT DER  
AHS-GEWERKSCHAFT

63. Jahrgang  
september/oktober 2014  
nr. 5

GEWERKSCHAFT  
ÖFFENTLICHER DIENST



**SCHLUSSVERKAUF  
EVERYTHING  
IS UP FOR SALE**

## Einsichten?

Da schau her! Da kam die Wiener Stadtschulratspräsidentin im „Presse“-Interview (1.9.2014) zur Einsicht, dass geschenkte Noten Kindern und Jugendlichen schaden. Wie müssen diese sich auch fühlen, wenn sie kaum ehrlich beurteilt wurden und daher keine Selbsteinschätzung erfahren haben? Wenn ihnen z. B. die fehlende Beherrschung der elementaren Kulturtechniken erst im Fall einer Bewerbung bewusst wird? Sie ortete dieses Problem vornehmlich in den Abschlussklassen der Volksschule, wenn Eltern und auf deren Intervention auch Schulleiter Druck auf die Unterrichtenden ausüben, weil ihr Kind ja unbedingt das Gymnasium besuchen soll. Interessanterweise schlug sie als Lösung nicht die Gesamtschule vor, sondern gestand ein, dass in dieser der völlige soziale Ausgleich eine Illusion ist. Hörte man das nicht stets anders? Stattdessen dachte sie über externe Überprüfungen nach. Klingt da vielleicht so etwas wie Aufnahmeprüfungen durch?

Das Problem „geschenker“ Noten und ihrer Folgen ist aber nicht auf den Pflichtschulbereich beschränkt. Um die Zahl negativer Beurteilungen zu minimieren, üben manche Schulleiter, aber auch Aufsichtsorgane mitunter Druck auf die Lehrenden aus. Geben diese dem Druck nicht nach und beurteilen nach bestem Wissen und Gewissen, müssen sie mitunter trotzdem mit Einsprüchen bzw. Beschwerden rechnen. Dann werden sie zu penibel genauen schriftlichen Stellungnahmen verpflichtet. Falls den Beschwerden dennoch entsprochen wird, werden die Lehrenden aber meist bloß – falls überhaupt – mit dünnen Erklärungen abgespeist. Darf man sich da wundern, wenn sich manche so etwas nicht mehr antun wollen und negative Beurteilungen einfach vermeiden?

Selbstverständlich muss es in einem Rechtsstaat möglich sein, eine offenkundig falsche Beurteilung durch eine übergeordnete Instanz korrigieren zu lassen. Es wäre aber schon allein ein Gebot der Höflichkeit, auch dem Beurteilenden schlüssig zu begründen, warum man zu einer anderen Entscheidung gekommen ist.

Wann wird sich diese Einsicht durchsetzen?

MP

# inhalt

4



4

**top thema**  
**SCHLUSSVERKAUF**  
Von Mag. Dr. Eckehard Quin

8

**landesleitung aktiv**  
**NEUES AUS OBERÖSTERREICH**  
Von Mag. Sylvia Bäck

10

**NIEDERÖSTERREICH SAGT EIN**  
**DEUTLICHES JA ZUM**  
**GYMNASIUM**  
Von Mag. Eva Teimel

12

**gut zu wissen**  
**ABGELTUNG**  
**FÜR SCHULVERANSTALTUNGEN**  
Von Mag. Herbert Weiß

14

**ABGELTUNG**  
**FÜR ABSCHLUSSKLASSEN UND**  
**REIFEPRÜFUNG**  
Von Mag. Herbert Weiß

16

**im fokus**  
**VON PISA KANN MAN AUCH**  
**LERNEN (TEIL 4)**  
Von Mag. Gerhard Riegler

19

**service**

20

**menschen**  
**AUSZEICHNUNGEN**  
**UND ERNENNUNGEN**

22

**facts statt fakes**  
Von Mag. Gerhard Riegler

23

**aktuelle seite**  
**(WERT)SCHÄTZUNG**  
Von Mag. Dr. Eckehard Quin

24

**nachgeschlagen**



10



14

## REDAKTIONS- SCHLUSS

Redaktionsschluss für die  
Nr. 6/2014: 31. Oktober  
2014

Beiträge bitte per E-Mail  
an office.ahs@goed.at

## SEHR GEEHRTE FRAU KOLLEGIN! SEHR GEEHRTER HERR KOLLEGE!

editorial

„Na, was brauch i des?“ Diese geflügelten Worte des Herrn Travnicek auf Reisen sind vielleicht den Verantwortlichen im Unterrichtsministerium in den Sinn gekommen, als sie an die österreichischen LehrerInnen im Ausland gedacht haben.

Österreichische Schulen gibt es in Budapest, Guatemala City, Istanbul, Prag, Querétaro (Mexiko) und Shkodra (Albanien). Zusätzlich werden einige österreichische LehrerInnen als „lebende Subventionen“ an deutsche Auslandsschulen entsandt – bisher jedenfalls. Ihnen flatterte Anfang August ein Schreiben des Bundesministeriums für Bildung und Frauen ins Haus, in dem ihnen mitgeteilt wird, dass *„im Bereich der Auslandsschulen empfindliche Personalkürzungen vorgenommen werden. Für die Entsendungen der österreichischen Subventionslehrkräfte an die Deutschen Auslandsschulen bedeutet dies die Beendigung aller Entsendungen mit dem Auslaufen des jeweiligen Entsendedatums.“* Darüber hinaus wird die Zahl der Lehrkräfte an den österreichischen Auslandsschulen drastisch reduziert.

Die deutschen Behörden reagieren verständlicherweise darauf. Bisher wurden SchülerInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft an den deutschen Auslandsschulen bevorzugt aufgenommen. In Zukunft wird das nicht mehr der Fall sein.

Selbstverständlich ist es nicht nur in Zeiten knapper Budgets angebracht, den Sinn von Ausgaben immer wieder zu hinterfragen: Österreichische und deutsche Schulen im Ausland sind Schulen der Begegnung. *„Diese Begegnung will die Schule in verschiedensten Bereichen, ganz besonders auf dem Gebiet des Bildungswesens, der Kultur und Religion, der Sprachen, im sozialen Bereich und unter den Schülern und späteren Absolventen ermöglichen und fördern“*, heißt es etwa im Leitbild des Österreichischen St. Georgs-Kollegs in Istanbul, das ich erst kürzlich besucht habe. *„Den Unterricht erteilen zu etwa einem Drittel türkische und zu zwei Drittel österreichische Lehrerinnen und Lehrer. Wie die Lehrer sind auch die Schüler von unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund: 99 % der Schüler sind türkische Staatsbürger und ca. 96 % sind Moslem, 3 % Christen verschiedenster Konfessionen und 1 % Juden. Die Schule will den Wissensstand über die jeweils andere Kultur und Religion heben und so das Verständnis und die Toleranz dafür fördern.“*

Ich persönlich denke, dass wir – allen Travniceks zum Trotz – das ganz dringend brauchen ...



Mag. Dr. Eikehard Quin,  
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft

**DIE REDAKTION WÜNSCHT  
EIN ERFOLGREICHES  
SCHULJAHR 2014/15!**



## impresum

gymnasium. Zeitschrift der AHS-Gewerkschaft in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst. Herausgeber: Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Fritz Neugebauer. Medieninhaber: Die GÖD Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., A-1010 Wien, Teinfaltstraße 7. Chefredaktion und für den Inhalt verantwortlich: Mag. Verena Hofer, 1090 Wien, Lackierergasse 7, Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at. Redaktion, Produktion, Konzeption und Anzeigenverwaltung: Modern Times Media Verlagsges. m. b. H., 4020 Linz, Büro Wien: 1030 Wien, Lagergasse 6/35, Tel.: 01/513 15 50. Hersteller: Niederösterreichisches Pressehaus Druck- und Verlagsges. m. b. H., A-3100 St. Pölten, Gutenbergstraße 12. Verlagsort: Wien. Herstellungsort: St. Pölten. DVR-Nr.: 0046655. Autorenfotos Friebel, Hofer, Riegler, Quin; J. Glaser. Namentlich gekennzeichnete Beiträge unterliegen der Verantwortung des Autors. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben in dieser Zeitschrift trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung des Herausgebers und Medieninhabers, der Redaktion oder der Autor/innen ausgeschlossen ist. Die Redaktion behält sich das ausschließliche Recht der Vervielfältigung in jedem technischen Verfahren und der Verbreitung sowie der Verwertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen der zum Abdruck gelangenden Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor.

**MAG. DR. ECHEHARD QUIN,  
VORSITZENDER DER  
AHS-GEWERKSCHAFT  
eckehard.quin@goed.at**



# SCHLUSSVERKAUF EVERYTHING IS UP FOR SALE

Die klassische Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass die Kommodifizierung, das Zur-Ware-Werden eines Gutes, indem man es zum Kauf anbietet, die Eigenschaften des Gutes nicht verändert. Die Vermarktung steigere bloß die wirtschaftliche Effizienz. Aber ist das wirklich immer so?

### EIN UNIVERSELLES ERKLÄRUNGSMODELL

In den letzten Jahrzehnten veränderte sich der Anspruch der Wirtschaftswissenschaft. Versuchte sie früher zu erklären, wie Wirtschaftswachstum, Inflation, Börsenkurse oder Beschäftigungsraten funktionieren und zusammenhängen, dehnte sich der Wirkungsbereich aus. „There is no mystery to what an economy is. [...] an economy is just a group of people dealing with one another as they go about their lives“, schreibt Nicholas Gregory Mankiw, Professor für Volkswirtschaftslehre in Harvard und wirtschaftlicher Berater von George W. Bush, in seinem Standard-Lehrbuch.<sup>1</sup> Damit geht es aber nicht mehr nur um Produktion, Verteilung und Konsum von Waren, sondern auch um zwischenmenschliche Beziehungen und Interaktion im Allgemeinen und um die Prinzipien, nach denen Menschen Entscheidungen treffen.

Der erst vor wenigen Monaten verstorbene Wirtschafts-Nobelpreisträger Gary Becker formulierte es bereits 1976 so: „Indeed, I have come to the position that the economic approach is a comprehensive one that is applicable to all human behavior ...“<sup>2</sup> Anders ausgedrückt: Becker sah in der Wirtschaftswissenschaft ein universelles Erklärungsmodell. Dem liegt die Vorstellung vom Menschen als homo oeconomicus zugrunde, ein Modell der Wirtschaftswissenschaft und der Spieltheorie. Es lässt den Menschen seine Entscheidungen ausschließlich

danach fällen, was ihm selbst den größten Nutzen bringt. In diesem Modell handelt der Mensch nach Regeln, die er weder reflektieren noch bestimmen kann. Er funktioniert somit letztlich wie eine Maschine. Mankiw meint, dass „the subfield of macroeconomics was born not as a science but more as a type of engineering.“<sup>3</sup> Bereits 1881 hielt der irische Ökonom Francis Ysidro Edgeworth fest, dass „the conception of Man as a pleasure machine may justify and facilitate the employment of mechanical terms and Mathematical reasoning in social science.“<sup>4</sup>

### MARKTGESELLSCHAFT

„Die Ökonomisierung des Sozialen zieht die Ökonomisierung des Denkens nach sich.“<sup>5</sup> Mit diesen Worten beschreibt Bernhard Heinzlmaier eine Folge dieser Welt-sicht. Und zweifellos hat diese Sichtweise auch ihre Anziehungskraft. Es ist ein einfaches Erklärungsmodell, das scheinbar ohne moralische Wertung auskommt. „Markets don't wag fingers. They don't discriminate between admirable preferences and base ones. Each party to a deal decides for himself or herself what value to place on the things being exchanged. This nonjudgmental stance toward values lies at the heart of market reasoning and explains much of its appeal.“<sup>6</sup>

Die Ausbreitung dieses Welterklärungsmodells führte in den letzten Jahrzehnten zu einer aus meiner Sicht sehr besorgniserregenden Veränderung, die der US-amerika-

1 Nicholas Gregory Mankiw, Principles of Economics (Stanford, CT 2014), S. 4.

2 Gary Becker, The Economic Approach to Human Behavior (Chicago 1976). Zit. n. Nathan Pippenger, Gary Becker, 1930-2014. In: Democracy. A Journal of Ideas, May 5, 2014, <http://www.democracyjournal.org/arguments/2014/05/gary-becker-1930-2014.php>.

3 Nicholas Gregory Mankiw, The Macroeconomist as Scientist and Engineer, S. 29. In: Journal of Economic Perspectives, Vol. 20, Nr. 4 (2006), S. 29-46.

4 Francis Ysidro Edgeworth, Mathematical Psychics. An Essay on the Application of Mathematics to the Moral Sciences (London 1881), S. 15.

5 Bernhard Heinzlmaier, Performer, Styler, Egoisten. Über eine Jugend, der die Alten die Ideale abgewöhnt haben (Berlin 2013), S. 10. Bernhard Heinzlmaier ist seit über zwei Jahrzehnten in der Jugendforschung tätig. Er ist Mitbegründer des Instituts für Jugendkulturforschung und seit 2003 dessen ehrenamtlicher Vorsitzender.

6 Michael J. Sandel, What Money Can't Buy. The Moral Limits of Markets (New York 2012.) S. 14. Michael J. Sandel studierte und promovierte in Oxford. Seit 1980 lehrt er Politische Philosophie an der Harvard University.

nische Philosoph Michael J. Sandel als den Übergang von einer Marktwirtschaft zu einer Marktgesellschaft beschreibt: „As a result, without quite realizing it, without ever deciding to do so, we drifted from having a market economy to being a market society.“<sup>7</sup> Eine Marktwirtschaft ist ein effizientes Werkzeug, um die Produktion und Verteilung von Gütern zu organisieren. Eine Marktgesellschaft hingegen ist dadurch gekennzeichnet, dass Regeln der Marktwirtschaft auf alle Aspekte menschlichen Handelns übertragen werden. Damit aber werden Wertvorstellungen und gesellschaftliche Normen verändert. Die ökonomische Weltansicht ist mitnichten wertneutral, wie ein paar Beispiele illustrieren sollen.

### **NORMENVERSCHIEBUNG**

Eine Studie in Israel untersuchte ein wohl bekanntes Problem einer Kinderbetreuungseinrichtung: Eltern kommen manchmal zu spät, um ihre Kinder abzuholen, was wiederum Lehrer<sup>8</sup> dazu zwingt, länger anwesend zu sein, als sie das eigentlich müssten. Um diese Situation besser in den Griff zu bekommen, wurde eine Geldstrafe für zu spät kommende Eltern eingeführt.

Das Ergebnis war überraschend: Die Fälle von Zu-spät-Kommen verdoppelten sich nahezu. Als Reaktion darauf wurden die Geldstrafen nach zwölf Wochen wieder abgeschafft. Die stark erhöhte Zahl der zu spät kommenden Eltern sank allerdings nicht mehr.

Was war geschehen? Die Einführung einer Geldstrafe veränderte eine geltende soziale Norm, einen moralischen Wert. Davor hatten Eltern ein schlechtes Gewissen, wenn sie zu spät kamen, weil sie dem Lehrer dadurch Unannehmlichkeiten bereiteten. Danach sahen sie im Geldbetrag, den sie zahlen mussten, keine Strafe, sondern eine Gebühr, die sie für eine zusätzliche Dienstleistung – die längere Beaufsichtigung ihres Kindes – bezahlten. Nachdem die Entrichtung eines Geldbetrages die moralische Verpflichtung zum pünktlichen Erscheinen deutlich geschwächt hatte, konnte auch nach Rückkehr zum alten System das alte Verantwortungsgefühl kaum wieder hergestellt werden.<sup>9</sup>

Andere Beispiele bestätigen, dass „introducing money into a nonmarket [sic!] setting can change people's attitudes and crowd out moral and civic commitments.“<sup>10</sup> In der Schweiz, in der mehr als ein Drittel des Stroms in Atomkraftwerken erzeugt wird, wurde in einem dafür geeigneten Dorf mit 2.100 Einwohnern eine Umfrage durchgeführt, ob sie der Errichtung eines Atomwärmelagers zustimmen würden. Eine knappe Mehrheit von 51 % sprach sich dafür aus. Als man eine jährliche finanzielle Abgeltung zusätzlich anbot, sank die Zustimmung auf 25 %

ab. Die ursprüngliche Zustimmung entsprang dem Gefühl der staatsbürgerlichen Pflicht. Das zusätzliche Angebot von Geld hingegen wurde als Versuch des Stimmenkaufs und der Bestechung gewertet.<sup>11</sup>

Jedes Jahr gehen israelische High-school-Schüler am Donation Day von Haus zu Haus, um Spenden für wohltätige Zwecke zu sammeln. In einem Experiment wurden die Schüler in drei Gruppen geteilt. Alle hörten dieselbe kurze Ansprache, die sie zum Sammeln motivieren sollte. Zwei der drei Gruppen bekamen noch einen zusätzlichen finanziellen Anreiz. 1 bzw. 10 % der gesammelten Gelder sollten ihnen gehören. Die unbezahlte Gruppe sammelte um 55 % mehr Spenden als die, die 1 % Provision erhielt, bzw. um 9 % mehr als die mit 10 % Provision. Das lässt folgende Schlüsse zu: Der Preiseffekt, die in der Wirtschaftstheorie üblicherweise unterstellte positive Beziehung zwischen dem monetären Anreiz und der Arbeitsleistung, funktioniert. Die 10 %-Gruppe erzielte bessere Ergebnisse als die 1 %-Gruppe. Allerdings gilt das nur, wenn das Sammeln von Spenden als handelbares Wirtschaftsgut betrachtet wird. Die Gruppe ohne finanziellen Anreiz betrachtete das Sammeln als soziale Aktivität, als Dienst an der Gemeinschaft. Der Akt des Bezahlt-Werdens verwandelte diese Tätigkeit in einen Job zum Geldverdienen. Die eingeführten Normen des Marktes ersetzten oder schwächten das moralische und staatsbürgerliche Engagement der Schüler.<sup>12</sup>

Trotz solcher und vieler anderer empirischer Daten lautet die in der Wirtschaftswissenschaft vorherrschende These: Mit (finanziellen) Anreizen, Incentives, kann praktisch jedes Problem gelöst werden. Im Bildungsbereich etwa fordern manche „Bildungsexperten“, „Flügelheber“ und Journalisten mehr Wettbewerb zwischen den Schulstandorten, finanzielle Leistungsanreize für besonders erfolgreiche Schulen und Lehrer, gemessen am Ergebnis externer Evaluation mittels standardisierter Testungen etc.

### **EROSION DES BILDUNGSWESENS**

Die USA haben ausreichend Erfahrung mit solchen High-stakes-Systemen. In Texas, dessen System als Vorbild für die Reformen im öffentlichen Schulwesen der USA diente, begann man schon in den 1980er-Jahren mit standardisierten Testungen. In den 1990er-Jahren wurden die Testergebnisse das A und O in der Bewertung von Schulen. Die damit verbundenen Versprechungen waren: bessere Schülerleistungen, Verringerung des Leistungsabstandes zwischen den ethnischen Gruppen, Senkung der Drop-out-Rate, Erhöhung der High-School-Abschlussraten.<sup>13</sup>

Das System ist „high stakes“, also hochrelevant für alle im Schulsystem. Die Jahresverträge von Direk-

toren etwa werden nur bei entsprechender Verbesserung der Testergebnisse der Schule verlängert. Leistungsprämien von Administratoren hängen von den Testergebnissen ab, aber auch für die Schüler ist das Ergebnis bei der zentralen Testung entscheidend für den Abschluss der High School – unabhängig von allen davor erbrachten Leistungen.<sup>14</sup>

Auf dem Papier sind die Ergebnisse atemberaubend. Im Jahr vor der Einführung des High-stakes-Systems wurden 26 % der texanischen High Schools als „low-performing“ eingestuft, der niedrigsten von vier Kategorien. Ein Jahr später gab es keine solche Schule mehr.<sup>15</sup>

Wie kommt es zu diesem scheinbaren pädagogischen Wunder? Die Zahl der leistungsschwachen Schüler, die die neunte Schulstufe wiederholen mussten, stieg stark an. (In der zehnten finden die Testungen statt.) Schulen versuchten, besonders leistungsschwache Schüler zum Verlassen der High School zu bewegen.<sup>16</sup> Besonders betroffen waren Afro-Amerikaner und Latinos, von denen rund ein Drittel die neunte Schulstufe wiederholte.<sup>17</sup> Lehrpläne und Unterricht fokussierten auf die Tests.<sup>18</sup>

Begleitend wurde in Texas eine Null-Toleranz-Politik gegen Schulabsentismus durchgezogen, die zu Gerichtsverfahren und hohen Geldstrafen führte. Das wiederum bewirkte zusammen mit dem „Zurückhalten“ in der neunten Schulstufe stark erhöhte Drop-out-Raten, weil Schüler wegen mangelnder Erfolgsaussicht und aus Angst vor nicht leistbaren Geldbußen abgemeldet wurden.<sup>19</sup>

Das texanische System diente als Vorbild für den „No Child Left Behind Act“ (NCLB), der unter George W. Bush 2002 in Kraft trat. Die Effekte waren dieselben: teaching-to-the-test, weniger Chancen für Schüler mit sozioökonomisch schwachem Hintergrund, keine tatsächliche Leistungssteigerung, keine Verringerung des Leistungsabstands zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen.<sup>20</sup> Kurz gefasst: „A review of a decade of evidence demonstrates that NCLB has failed badly both in terms of its own goals and more broadly. It has neither significantly increased academic performance nor significantly reduced achievement gaps, even as measured by standardized exams. In fact, because of its misguided reliance on one-size-fits-all testing, labeling and sanctioning schools, it has undermined many education reform efforts. Many schools, particularly those serving low-income students, have become little more than test-preparation programs.“<sup>21</sup>

Die Ökonomisierung des Bildungsbereichs hat besonders negative Folgen, denn Bildung hat, um mit Adorno zu sprechen, die Aufgabe, den Menschen zur Mündigkeit zu erziehen. Analytisches Denken und das Argumentieren der durch die-

ses Denken gewonnenen Erkenntnisse stehen „im diametralen Gegensatz zu PISA-Pädagogik und Zentralmatura/abitur, die nicht die freie Entfaltung des Individuums und dessen umfassende Bildung fördern, sondern auf die Erzeugung von landesweit einheitlichem ‚Humankapital‘ ausgerichtet sind, dessen Güte in standardisierten Testverfahren kontrolliert werden.“<sup>22</sup>

## MORAL UND POLITIK

Wenn wir akzeptieren, dass die Transformation eines Gutes zu einer Ware den Charakter des Gutes verändern kann, müssen wir uns die Frage stellen, wo wir Marktmechanismen zulassen und wo eben nicht. Diese Frage lässt sich aber nicht beantworten, ohne über die Bedeutung, den Zweck und den (moralisch-ethischen) Wert des Gutes zu diskutieren. Davor scheuen sich viele Politiker, denn das geht nicht, ohne sich öffentlich zu moralisch-ethischen und/oder religiösen Überzeugungen zu bekennen. Sich davor zu drücken, bedeutet allerdings nicht, diese Fragen nicht zu entscheiden. Es bedeutet lediglich, die Beantwortung den Märkten zu überlassen.

„The problem with our politics is not too much moral argument but too little. Our politics is overheated because it is mostly vacant, empty of moral and spiritual content. It fails to engage with big questions that people care about. [...] It would be folly to expect that a morally more robust public discourse, even at its best, would lead to agreement on every contested question. But it would make for a healthier public life. And it would make us more aware of the price we pay for living in a society where everything is up for sale.“<sup>23</sup> ■

7 Sandel, S. 10.

8 Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

9 Siehe dazu Sandel, S. 64f und S. 118f.

10 Sandel, S. 119.

11 Siehe Sandel, S. 114-117.

12 Siehe Sandel, S. 117f. Der in Wien geborene Fred Hirsch, später Professor of International Studies an der University of Warwick, nannte das schon in den 1970er-Jahren den „commercialization effect“.

13 Siehe Linda McSpadden McNeil et al., Avoidable Losses: High-Stakes Accountability and the Dropout Crisis. In: Education Policy Analysis Archives, Volume 16 Number 3 (January 31, 2008), S. 3f.

14 McSpadden McNeil, S. 4.

15 McSpadden McNeil, S. 12.

16 McSpadden McNeil, S. 6.

17 McSpadden McNeil, S. 16.

18 McSpadden McNeil, S. 27.

19 McSpadden McNeil, S. 32f.

20 Siehe Lisa Guisbond et al., NCLB's Lost Decade for Educational Progress: What Can We Learn from this Policy Failure? (Boston, Massachusetts, January 2012), S. 1-3.

21 Guisbond, S. 1.

22 Heinzlmaier, S. 43.

23 Sandel, S. 13-15.



## Neues aus Oberösterreich

Das Schuljahr 2014/15 ist für uns Lehrerinnen und Lehrer geprägt von Vorbereitungen auf die erstmals österreichweite Durchführung der Zentralen Reifeprüfung und den Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen, die am 26. und 27. November 2014 stattfinden.

Am 4. April 2014 wurde ich einstimmig zur Vorsitzenden der AHS Gewerkschaft Oberösterreich gewählt. Meine neue Aufgabe erfüllt mich mit Freude, denn sie ist interessant und abwechslungsreich. Ich sehe es als Herausforderung, zwischen meinen Aufgaben als Lehrerin für Deutsch und Französisch und denen als Vorsitzende zu wechseln und über den Tellerrand der eigenen Schule blicken zu können. Ich schätze die Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der Landesleitung und mein zuverlässiges Team – allen voran Franz Andexlinger, der mir immer mit Rat und Tat zur Seite steht.

Oberösterreich ist ein sehr aktives „Gewerkschafts-Bundesland“. Seit November 2013 gibt es die Junge GÖD Oberösterreich. Unsere Landesleitungsmitglieder Werner Hittenberger und Bernhard Engl sind kompetente Ansprechpartner. Den jungen Gewerkschaftsmitgliedern steht eine eigene große Bandbreite an Serviceleistungen zur Verfügung – eine tolle Möglichkeit, den Gewerkschaftsbeitritt attraktiv zu machen. Darüber hinaus bietet die neue bundesweite Home-

page [www.oepu4u.at](http://www.oepu4u.at) Informationen aus erster Hand, speziell auf unsere jungen Kolleginnen und Kollegen zugeschnitten!

Zwischen dem Landesschulrat und den allgemein bildenden höheren Schulen herrscht ein gutes Klima der Zusammenarbeit. „Die Mitsprache der AHS Direktoren wird großgeschrieben, Schulautonomie wird gelebt, das Ziel sind immer partnerschaftliche Lösungen“, so Reg. Rat Scharitzer, der für die Lehrpersonalplanung verantwortlich ist.

Oberösterreich hat ein neues ORG in Steyr, das vom evangelischen Verein für ganzheitliches Lernen getragen wird. Es handelt sich dabei um eine Ganztagschule mit Kreativschwerpunkt und einer Übergangsstufe.

Am 26. Mai fand in Oberösterreich der erste Schulgipfel statt, den die beiden Landesschulsprecher Florian Lietz (AHS) und Kevin Gusztaf (BMHS) organisierten. Sehr angeregt diskutierten wir im Beisein von Bildungs-





landesrätin Doris Hummer mit Vertretern der Eltern, des Fachausschusses und des Landesschulrates über brisante Schulthemen. Besonders wichtig erscheint mir, das Engagement der Schülerinnen und Schüler in Einklang mit den Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer zu bringen. Wenn sich die Basis trifft und auch gehört wird, geht es um die wichtigen Dinge in der Schule. Interessierte Schülerinnen und Schüler wollen in bewährter Weise von engagierten Pädagogen unterrichtet werden, die nur dann ihre Talente fördern können, wenn sie ihr Fachwissen und ihre Erfahrungen uneingeschränkt einsetzen können. Persönlichkeit und Menschlichkeit lassen sich eben sehr schwer normieren oder zentralisieren.

Weiters freut es mich sehr, dass sich in Oberösterreich am 10. Juli 2014 die GÖD Frauen im Beisein von Monika Gabriel unter dem Vorsitz von Teresia Polechovsky (Landesdienst) neu konstituiert haben und ich in den Vorstand gewählt wurde. So wird es möglich sein, in einem erweiterten Kreis die Anliegen von uns AHS-Lehrerinnen bestmöglich zu vertreten.

Am 26. und 27. November finden österreichweit Gewerkschafts- und Personalvertretungswahlen statt. Ich gehe als neue Vorsitzende der LL mit einem hervorragenden Team in diesen Wahlkampf. Unser Ziel ist es, das großartige Ergebnis der letzten Wahlen 2009 (10 FCG, 1 FSG, 2 ÖLI-UG) zu halten. Ich bedanke mich jetzt schon bei allen Kolleginnen und Kollegen der GBAs und der Landesleitung, bei den Personalvertretungen und bei unseren Freundinnen und Freunden im Fachausschuss für ihr Engagement. Ohne euren Einsatz und eure effektive Arbeit ist es nicht möglich, diese Wahlen durchzuführen.

Unser Ziel ist es, das Gymnasium zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dafür brauchen wir alle Lehrerinnen und Lehrer der AHS. Bitte nehmt an dieser Wahl teil!





## Niederösterreich sagt deutlich JA zum Gymnasium

Ein klares JA zum Gymnasium eint die Landesleitung AHS in Niederösterreich und hat damit auch Unterstützung von der Landespolitik.

Auch wenn das Land Niederösterreich mit dem Schuljahr 2009/10 das Modell der neuen niederösterreichischen Mittelschule (NNÖMS) eingeführt hat, blieb dennoch das Gymnasium mit seiner Unter- und Oberstufe ein wesentlicher Bestandteil der niederösterreichischen Schullandschaft. Darum kämpft(e) auch massiv die Landesleitung AHS und macht nun schon seit einigen Jahren mit dem „Tag des Gymnasiums“ im November immer ganz besonders auf diese Schulart aufmerksam. Auch heuer wird es wieder diesen „Tag des Gymnasiums“ (14. November) geben, bei dem an allen Schulstandorten die Besonderheiten dieser Schulart durch zahlreiche Aktivitäten herausgestrichen werden.

Das Gymnasium weist in der Bevölkerung einen sehr hohen Stellenwert und eine große Akzeptanz auf, doch wird seitens der Bundespolitik alles daran gesetzt, diese funktionierende Schulart peu à peu zu zerstören. Die Gymnasien werden durch eine geringere Ressourcenzuteilung geradezu ausgehungert. Die gemeinsame Lehrerbildung und das zukünftige neue Lehrer-Dienstrecht, zwei Dinge, die alles und alle gleichschalten, tragen ebenfalls das Ihrige dazu bei. Damit plant die Bundesministerin die



**Unterstützung vom Landesvorstand Niederösterreich: Vorsitzender Alfred Schöls, Mag. Eva Teimel, Sekretär Harald Sterle (v.l.n.r.)**

flächendeckende Einführung der Neuen Mittelschule, dem Niederösterreich mit der neuen Mittelschule entgegenhält. Schon damals, bei der Einführung eben dieser, galt die klare Aussage „Die niederösterreichische Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt!“.



Möge es weiterhin so sein! Zunehmende Schülerzahlen im Bereich der Gymnasien zeigen den klaren Wunsch der Bevölkerung.

Eine weitere Problematik ist der Einsatz von Bundeslehrerinnen und -lehrer an den NNÖMS. Die Ressourcen werden zwar (noch) vom Bildungsministerium zur Verfügung gestellt, doch gerade in den Fächern, in denen der Einsatz stattfindet (D, M, Sprachen) herrscht selbst an den Gymnasien ein massiver Mangel an ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, sodass auf Studierende oder Quereinsteigerinnen und -einsteiger zurückgegriffen werden muss. Deren dienst- und besoldungsrechtliche Stellung macht sie zu Lehrerinnen und Lehrern zweiter Klasse. Das ist auch ein Punkt, um den sich die Gewerkschaft kümmern wird müssen: Anrechnung von Vordienstzeiten außerhalb des Bundesdienstes. Ansonsten werden nicht, wie immer gefordert, „die Besten“ an die Schulen gelangen.

Die Wichtigkeit einer gymnasialen Bildung (und nicht Ausbildung) darf nicht den Maximen einer Outputorientierung, Effizienz und unmittelbaren Verwertbarkeit geopfert werden. Gerade in der heutigen so schnelllebigen Zeit ist es wichtig, dass die Schülerinnen und

Schüler Zeit und Gelegenheit für Bildung und Selbstverwirklichung haben. Denn das ist es, was das griechische Wort *scholé* eigentlich bedeutet – „Muße“, „freie Zeit“ für die Auseinandersetzung mit Gegenständen und Dingen, die die Persönlichkeit und den Geist formen. Mit der derzeitigen Outputorientierung und dem Trend zur globalen Vergleichbarkeit begeben wir uns in eine Richtung, dass unsere Schülerinnen und Schüler, was Bildung angeht, das Gymnasium so verlassen, wie man früher hineinging, nämlich „nackt“ (*gymnós*).<sup>1</sup>

Dass den niederösterreichischen AHS-Lehrerinnen und -Lehrern die Bewahrung des Gymnasiums ein großes Anliegen ist und sie die Arbeit der Gewerkschaft schätzen, zeigen die trotz massiver Pensionierungen ständig steigenden Mitgliederzahlen. Die Landesleitung Niederösterreich wird sich auch in den nächsten Jahren bemühen, allen Erwartungen gerecht zu werden und wird geschlossen für den Erhalt des Gymnasiums eintreten. ■

<sup>1</sup> Diesen hervorragenden Gedankengang verdanke ich Karl-Wilhelm Weeber, *Musen am Telefon. Warum wir alle Griechisch sprechen, ohne es zu wissen*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt, 2008, S. 13



# Abgeltung für Schulveranstaltungen

Für Schulveranstaltungen gibt es zwei Arten von Abgeltungen, nämlich die Abgeltung für die pädagogisch-inhaltliche Betreuung und die Reisegebühren.

## ABGELTUNG FÜR DIE PÄDAGOGISCH-INHALTLICHE BETREUUNG

Dem Lehrer<sup>1</sup> gebührt für die Teilnahme an mindestens zweitägigen Schulveranstaltungen mit Nächtigung, sofern er die pädagogisch-inhaltliche Betreuung einer Schülergruppe innehat, eine Abgeltung. Sie beträgt für jeden Tag

- in den Verwendungsgruppen L PH und L 1 11,6 %  
(Seit dem 1. 3. 2014: 41,32 Euro)
- in den Verwendungsgruppen L 2 9,4 %  
(Seit dem 1. 3. 2014: 33,48 Euro) und
- in der Verwendungsgruppe L 3 6,0 %  
(Seit dem 1. 3. 2014: 21,37 Euro)

des Gehalts der Gehaltsstufe 11 der Verwendungsgruppe L 1.

Der Leiter einer mehrtägigen Schulveranstaltung mit einer mindestens viertägigen Dauer und Nächtigung bekommt 4,33 Stunden der Lehrverpflichtungsgrup-

pe III (4,547 Werteinheiten) in der Woche, in der die jeweilige Schulveranstaltung endet, in die Lehrverpflichtung eingerechnet.

## REISEGEBÜHREN

Die Reisegebühren setzen sich aus der Reisekostenvergütung und der Reisezulage zusammen. Die Reisekostenvergütung bemisst sich nach den notwendigen Auslagen für die Fahrt (etwa Bahnfahrt 2. Klasse, Autobus etc.). Sie ist nicht steuerpflichtig. Die Reisezulage dient der Bestreitung des Mehraufwandes für Verpflegung und Unterkunft, sowie zur Deckung der Reiseauslagen, für die keine besondere Vergütung festgesetzt ist, und umfasst die Tagesgebühr und die Nächtigungsgebühr. Die Reisezulagen sind nicht steuerpflichtig, solange sie die im Einkommensteuergesetz festgelegten Grenzen nicht überschreiten. Exkursionen außerhalb des Dienstortes, die länger als acht Stunden dauern, und mehrtägige Exkursionen werden nach der Reisegebührenvorschrift abgegolten.

## Die Tagesgebühr bei Schulveranstaltungen beträgt für Lehrer an AHS:

	Dauer	Pauschgebühr (in EUR)	steuerfrei (in EUR)
<b>Lehrausgang, Exkursion, Wandertag</b>	bis 5 Stunden	0,0	-
<b>Halbtagswandertag, Sporttag</b>	über 5 bis 8 Stunden	11,22	zur Gänze
<b>Ganztagswandertag, Sporttag</b>	über 8 Std.	23,10	19,80
	über 9 Std.	23,10	22,00
	über 10 Std.	23,10	zur Gänze
	über 11 Std.	23,10	zur Gänze
<b>Projektwochen</b>	pro Tag bis 3 Tage	23,10	zur Gänze
	pro Tag ab 4 Tagen	25,34	zur Gänze
<b>Sommersportwochen</b>	pro Tag	27,72	26,40
<b>Wintersportwochen</b>	pro Tag	31,94	26,40
<b>Exkursionen</b>	über 5 bis 8 Std.	6,86	zur Gänze
<b>Exkursionen im Schulort</b>	über 8 bis 12 Std.	13,33	zur Gänze
<b>Exkursionen im Schulort</b>	über 12 bis 24 Std.	20,06	zur Gänze

Wenn für den Lehrer Auslagen für die Nächtigung anfallen (kein „Freiplatz“), so ist dieser Betrag je Nacht in der Höhe der tatsächlich nachgewiesenen Auslagen, höchstens aber bis zum Doppelten des Betrages, den die Schüler je Nacht zu tragen haben, zu ersetzen.

Dem Lehrer ist auf Verlangen zeitgerecht vor Antritt der Dienstreise ein in der Reiserechnung abzurechnender Vorschuss auf die ihm zustehenden Gebühren im notwendigen Ausmaß, allenfalls in Etappen, zu gewähren. Auf einen Vorschuss unter EUR 72,7 besteht kein Anspruch.

Der Lehrer hat den Anspruch auf Reisegebühren schriftlich unter Verwendung eines amtlichen Vordruckes (Reiserechnung) bei seiner Dienststelle geltend zu machen und diesen eigenhändig zu unterfertigen. Der Lehrer hat die ihm zustehenden Reisegebühren selbst zu berechnen, soweit sie nicht automationsunterstützt ermittelt werden können. Der Anspruch auf Reisegebühren erlischt, wenn er vom

Lehrer nicht innerhalb von sechs Kalendermonaten, beginnend mit dem Kalendermonat, in dem das Ende der Dienstreise fällt, bei seiner Dienststelle geltend gemacht wird. Die anweisende Dienststelle hat die Reiserechnung zu überprüfen und die Auszahlung des dem Rechnungsleger gebührenden Betrages zu veranlassen. Wird von den Angaben des Beamten abgewichen, ist ihm dies mitzuteilen. ■

1 Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.



## Abgeltung für Abschlussklassen und Reifeprüfung

Zu Beginn eines Schuljahres ist die Abgeltung für den Unterricht in den Abschlussklassen wieder in aller Munde. Das möchte ich zum Anlass nehmen, um die Regelungen dafür zu erläutern.

Für die Besoldung in Maturaklassen gibt es drei Fälle:

- Liegt das Beschäftigungsausmaß vor und nach der Matura bei bzw. über 20 Werteinheiten, so entspricht das Beschäftigungsausmaß zu jedem Zeitpunkt dem Besoldungsausmaß.
- Liegt das Beschäftigungsausmaß vor der Matura über 20 Werteinheiten und danach darunter, muss die so genannte Periodenglättungsdifferenz beachtet werden. Diese soll im Folgenden erklärt werden.
- Liegt die Lehrverpflichtung unter 20 Werteinheiten, entspricht das Besoldungsausmaß dem Jahresmittel. Dies gilt übrigens auch für Vertragslehrer<sup>1</sup> im Entlohnungsschema III, auch bei einer Lehrverpflichtung über 20 Werteinheiten.

### JAHRESMITTEL

Das Jahresmittel lässt sich nach der ersten Formel errechnen (siehe Seite 15).

Ich möchte die Berechnung an einem Beispiel erläutern: Eine Kollegin hat in einer 8. Klasse Latein. 3 Wochenstunden ergeben  $3 \times 1,167 \text{ WE} = 3,501 \text{ WE}$ . Neben Latein in der 8. Klasse hat sie noch 17,505 WE. Damit hat sie vor der Matura (35 Wochen lang) 21,006 WE und nach der Matura (8 Wochen lang) 17,505 WE (siehe Seite 15).

Dieser Wert ergibt sich auch, wenn man die 3,501 WE für die 8. Klasse mit dem Faktor „Anzahl der Wochen

## 1. FORMEL:

Durchschnittliches Beschäftigungsausmaß (Jahresmittel)	=	Summe der Monatswerte	
		Anzahl der Schulwochen	

## 2. FORMEL:

Durchschnittliches Beschäftigungsausmaß (Jahresmittel)	=	$35 \times 21,006 + 8 \times 17,505$	=	20,355 WE
		$35 + 8$		

vor der Matura dividiert durch die Anzahl der Schulwochen“ (in unserem Beispiel 35/43) multipliziert und das Ergebnis zu den 17,505 WE dazuzählt.

### PERIODENGLÄTTUNGSDIFFERENZ

An dem obigen Beispiel lässt sich auch die Periodenglättungsdifferenz gut erklären. Dabei handelt es sich um die Differenz Besoldungsausmaß minus Beschäftigungsausmaß. Für den Zeitraum nach der Matura beträgt sie in unserem Beispiel  $20 - 17,505 = 2,495$  WE. Sie kann folgendermaßen berechnet werden: Man berechnet die Anzahl jener WE, die der Kollegin nach der Matura insgesamt auf die volle Lehrverpflichtung fehlen. In unserem Beispiel sind das 19,96 WE. Dieser Wert ergibt sich, wenn man die obige Periodenglättungsdifferenz nach der Matura mit der Anzahl der Wochen nach der Matura multipliziert. Diese Summe wird nun auf die Wochen vor der Matura aufgeteilt und ergibt damit die gesuchte Periodenglättungsdifferenz vor der Matura. In unserem Beispiel heißt das:  $19,96 / 35 = 0,570$  WE. Die Wochenwerte vor der Matura sind dann jeweils  $21,006 - 0,570 = 20,436$  WE. Nach der Matura ergeben sich 20 WE.

### AUFSICHTSFÜHRUNG BEI DER SCHRIFTLICHEN REIFEPRÜFUNG

Nun zu den Abgeltungen im Zusammenhang mit der Reifeprüfung. Eine Erläuterung dazu war auch in der Ausgabe 4/2014 zu finden. Hier soll nur noch auf jene Punkte eingegangen werden, die in dieser Ausgabe nur sehr kurz abgehandelt wurden.

Dem Lehrer steht für die außerhalb des geltenden Dienstplanes zu haltenden Stunden einer Aufsichtsführung anlässlich der Klausurprüfung eine Abgeltung wie für Einzelsupplierungen zu. Da sind aber auch die sonst üblichen Einschränkungen bei der Bezahlung von Einzelmehrdienstleistungen zu beachten (siehe untenstehendes Beispiel).

Ein konkretes Beispiel möge zeigen, was das bedeutet: Die schriftliche Reifeprüfung beginnt an einem Donnerstag. Ein Lehrer, der am Donnerstag in der 2. und 4. Stunde normalerweise Unterricht in einer 8. Klasse und in der 3. Stunde eine Freistunde hat, wird

in der 2., 3. und 4. Stunde zur Aufsicht eingeteilt. Am Freitag hält er in seiner Freistunde (2. Stunde) Aufsicht bei der Klausur. Schließlich hat er noch am folgenden Dienstag Aufsicht in der 3. und 4. Stunde. Normalerweise hätte er da Unterricht in einer 8. Klasse gehabt. In keiner der beiden Wochen, in die die schriftliche Reifeprüfung fällt, hat er außer der Aufsicht noch eine „normale“ Einzelsupplierstunde gehalten. Er hat aber die zehn zusätzlichen unbezahlten Vertretungsstunden im laufenden Schuljahr bereits gehalten. Welche Abgeltung erhält der Kollege nun? Dazu muss man einige Eigenarten unseres Besoldungssystems kennen. An sich haben wir ein Jahresarbeitszeitmodell (siehe oben), das aber wochenweise abgerechnet wird. Die Werteinheiten, die wir für eine 8. Klasse bekommen, werden so berechnet, als würden wir diese Klasse bis zum Ende der Woche unterrichten, in der das Unterrichtsjahr für die 8. Klassen an unserer Schule endet. Der Kollege in unserem Beispiel bekommt daher in der ersten Woche der Klausurprüfungen den Unterricht in der 8. Klasse auch noch für Donnerstag und Freitag bezahlt. Wenn er also in diesen Stunden (Donnerstag 2. und 4. Stunde) zur Aufsicht eingeteilt wird, erhält er dafür natürlich keine zusätzliche Abgeltung. Als Einzelsupplierstunden zählen in dieser Woche nur Donnerstag, 3. Stunde, und Freitag, 2. Stunde. Die erste Einzelsupplierstunde in einer Woche ist immer unbezahlt. Der Kollege bekommt in dieser Woche daher nur eine Supplierstunde abgegolten (derzeit mit 34,1 Euro für jemanden mit universitärem Lehramtsstudium, 29,4 Euro für alle anderen Kollegen). In der folgenden Woche gibt es auch rechentechnisch keinen Unterricht mehr in einer 8. Klasse. Seine beiden Aufsichtsstunden am Dienstag gelten daher als Einzelsupplierstunden, von denen er wiederum eine bezahlt bekommt. ■

<sup>1</sup> Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

MAG. GERHARD RIEGLER,  
MITGLIED DER BUNDESLEITUNG  
gerhard.riegler@goed.at



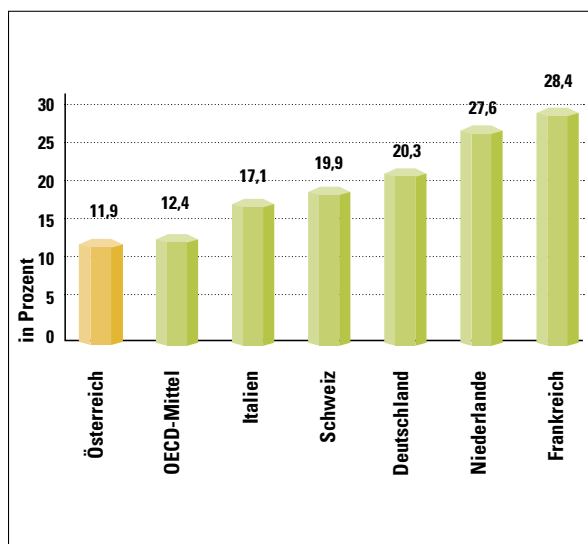
# Von PISA kann man auch lernen

Teil 4: Vom Repetieren über die Leistungsentwicklung zwischen 10 und 15 bis zum Mangel an LehrerInnen.

## XI) REPETIEREN:

Nur mehr in ganz wenigen Staaten gebe es das Repetieren. Es sei verrückt, wie viele SchülerInnen in Österreich durchfallen, behaupten PolitikerInnen und ihre „ExpertInnen“ und belegen damit ihre Ahnungslosigkeit oder unglaubliche Unverfrorenheit im Umgang mit der Wahrheit, wie PISA 2012 einmal mehr beweist.

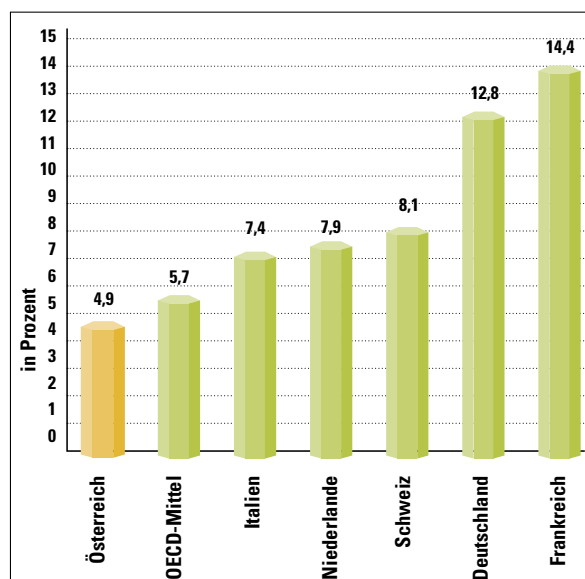
Von den bei PISA getesteten 15-Jährigen haben schon einmal (oder auch öfter) ein Schuljahr wiederholt:<sup>1</sup>



## IN FRANKREICH UND DEN NIEDERLANDEN REPETIEREN MEHR ALS DOPPELT SO VIELE SCHÜLERINNEN WIE IN ÖSTERREICH.

Auf die politisch so wild umstrittene Sekundarstufe I fokussiert:

Von den bei PISA getesteten 15-Jährigen haben während der Sekundarstufe I einmal (oder auch öfter) ein Schuljahr wiederholt:<sup>2</sup>





Von Gesamtschulstaaten wie Spanien mit einer Sek-I-Repetentenquote von 27,7 Prozent, die nicht einmal von „ExpertInnen“ als Vorbild gepriesen werden, ganz abgesehen!

In Österreich hängt die Wahrscheinlichkeit, eine oder auch mehrere Schulstufen zu wiederholen, laut PISA 2012 nicht von den Ressourcen des Elternhauses ab.<sup>3</sup> Anders sieht dies in Staaten aus, die uns angeblich Vorbild sein sollen. Besonders groß ist dieser Zusammenhang u. a. in Kanada, Finnland und Schweden.<sup>4</sup>

## XII) PISA UND DIE GESAMTSCHULE:

11 der 28 EU-Staaten haben an der „Test-Trias“ PIRLS 2006, TIMSS 2007 und PISA 2012 teilgenommen.<sup>5</sup> SchülerInnen dieser Staaten wurden mit zehn (PIRLS, TIMSS) und fünf Jahre später bei PISA in denselben Kompetenzbereichen (Lesen, Mathematik, Naturwissenschaften) getestet. Ein Vergleich der Ergebnisse drängt sich daher auf.

Während der Sekundarstufe I kommt es zu markanten Verschiebungen zwischen diesen 11 EU-Staaten:

- Österreichs SchülerInnen arbeiten sich während der Sekundarstufe I von den Plätzen 6, 8 und 8 auf die Plätze 3, 4 und 4 vor.
- Deutschland, dessen Schulwesen mehr Differenzierung aufweist als das österreichische, rückt von den Plätzen 4, 4 und 4 auf die Plätze 1, 2 und 2 vor.
- Italien fällt während der Gesamtschule von den Plätzen 1, 3 und 7 auf die Plätze 4, 7 und 9 zurück. Vielleicht auch für den Tiroler Landeshauptmann nicht uninteressant ...
- Die angeblich so erfolgreiche Gesamtschule Skandinaviens bringt Schweden von den Plätzen 9, 3 und 7 auf die Plätze 10, 8 und 10 unter den elf vergleichbaren EU-Staaten.

## DER VERGLEICH VON PIRLS-, TIMSS- UND PISA-ERGEBNISSEN SPRICHT EINDEUTIG FÜR DAS DIFFERENZIERTE SCHULWESEN.

Die SchulleiterInnen wurden im Rahmen von PISA auch befragt, was ihrer Meinung nach den Lernerfolg der SchülerInnen behindert. 11 Aspekte waren zu bewerten – von mangelndem Engagement der SchülerInnen bis hin zu schlechter Vorbereitung des Unterrichts durch LehrerInnen.

Als das mit Abstand größte Hindernis für Lernerfolg wurde von den SchulleiterInnen die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von SchülerInnen im selben Klassenverband identifiziert. Im OECD-Ländermittel bezeichneten 55 Prozent der SchulleiterInnen die Heterogenität als Hindernis, in Österreich 67 Prozent, in Finnland – man höre und staune – 70 Prozent.<sup>6</sup> Dass schulische Vielfalt der Vielfalt menschlicher Talente widerspricht und deshalb kein Weg zum Erfolg ist, wird in immer mehr Staaten erkannt, wie auch die OECD einräumt: *„In recent decades, reforms in many countries have tended to give greater choice to parents and students, to enable them to choose the schools that meet their children's educational needs or preferences.”*<sup>7</sup>

Diese Information findet man allerdings nicht im internationalen PISA-Bericht der OECD, sondern nur in einer eigenen PISA-2012-Publikation für ihren Hauptfinanzier, die USA. Ein Schelm, der hier nachdenklich wird?

## XIII) DIE MÄR VON ÖSTERREICHS IM INTERNATIONALEN VERGLEICH ANGBLICH SO TEUREN LEHRERINNEN:

Österreichs LehrerInnen wird von PolitikerInnen und „ExpertInnen“ nachgesagt, besonders hohe Einkommen zu beziehen.

Die Gehälter der LehrerInnen sind logischerweise an der Wirtschaftskraft und dem Lohnniveau des jeweiligen Landes zu messen. Österreichs kaufkraftbereinigtes BIP pro Kopf ist innerhalb der EU 28 hinter dem Luxemburgs am zweithöchsten. Ein Vergleich zwischen Österreich, dem PISA-„Wunderland“ Finnland und unserem Nachbarn Deutschland bestätigt einmal mehr, dass die Behauptung, Österreichs LehrerInnen würden überdurchschnittlich hohe Gehälter beziehen, nicht den Tatsachen entspricht. Vielleicht könnten Menschen, die politische Verantwortung für das Schulwesen tragen, einmal den Blick auf die Fakten wagen:

1 OECD (Hrsg.), *What Makes Schools Successful?* (2013), Seite 277

2 *ibid.*

3 gemessen am Beruf und dem höchsten Bildungsabschluss der Eltern sowie den materiellen, kulturellen und Bildungsressourcen im Elternhaus.

4 OECD (Hrsg.), *What Makes Schools Successful?* (2013), Seite 278

5 Dänemark, Deutschland, Italien, Lettland, Litauen, Niederlande, Österreich, Schweden, Slowakische Republik, Slowenien und Ungarn

6 OECD (Hrsg.), *What Makes Schools Successful?* (2013), Seite 178

7 OECD (Hrsg.), *Lessons from PISA 2012 for the United States* (2013), Seite 40

Das Gehalt von LehrerInnen nach 15 Dienstjahren in Relation zum kaufkraftbereinigten BIP/Kopf (Stand 2010):<sup>8</sup>

	Sekundarstufe I	Sekundarstufe II
Deutschland:	175 %	189 %
Finnland:	121 %	128 %
Österreich:	111 %	114 %

**„... PRIORITIZE HIGHER SALARIES FOR TEACHERS, ESPECIALLY IN HIGH-INCOME COUNTRIES.“**

Eine Regierung, die die derzeitigen Gehälter der LehrerInnen für überhöht hält, wird die Besten der Besten nicht mehr dafür gewinnen können, LehrerIn zu werden. Folgende Feststellung sei ihr ins Stammbuch geschrieben:

„High-performing systems tend to prioritize higher salaries for teachers, especially in high-income countries.“<sup>9</sup>

Diese Feststellung stammt aus der von der OECD erstellten PISA-2012-Analyse für die USA. Österreichs Regierung müsste keine eigene Studie in Auftrag geben, sondern nur ausreichende Lesewilligkeit und Englischkenntnisse beweisen, um ihrer Verantwortung für die Schule von morgen gerecht zu werden.

**XIV) MANGEL AN FACHLICH QUALIFIZIERTEN LEHRKRÄFTEN:**

Noch vor einem Jahrzehnt gehörte Österreich zu den Staaten, in denen vergleichsweise wenige SchulleiterInnen angaben, dass der Unterricht an ihrer Schule durch den Mangel an fachlich qualifizierten Lehrkräften gravierend behindert wird: Für den Unterricht in Deutsch bzw. der entsprechenden Landessprache wurde dieses Problem für 4 Prozent der getesteten SchülerInnen, für Mathematik für 6 Prozent und für die Naturwissenschaften für 11 Prozent von den SchulleiterInnen genannt. Damit befand sich Österreich in einer vergleichsweise sehr günstigen Situation. Die dementsprechenden

OECD-Mittelwerte waren doppelt bis vier Mal so hoch: 17, 22 und 21 Prozent.

Bei PISA 2012 sieht es völlig anders aus. Während der Mangel an LehrerInnen OECD-weit reduziert werden konnte, ist er in Österreich – nicht zuletzt wegen einer Politik, die junge Menschen von diesem Beruf abschreckt – dramatisch angestiegen.

Als gravierendes Problem ihrer Schule geben den Mangel an fachlich qualifizierten Lehrkräften SchulleiterInnen von ... Prozent der 15-Jährigen an:<sup>10</sup>

	Für den Unterricht in		
	Landessprache	Mathematik	Naturwissenschaften
Österreich	14	16	14
OECD-Mittel	9	17	16
Finnland	1	4	4

**IN ÖSTERREICH WIRD DER MANGEL AN FACHLICH QUALIFIZIERTEN LEHRKRÄFTEN ZUM WACHSENDEN PROBLEM.**

Österreichs Schulwesen steht vor einem Problem, das sich verschärfen und prolongieren wird, sofern nicht endlich Vernunft einkehrt. Diesbezüglich könnte Österreichs Politik von Finnland lernen:

- Dort genießt der Beruf des Lehrers/der Lehrerin das höchste Ansehen unter allen Berufen.
- Dort wollen bis zu zehn Mal mehr junge Menschen LehrerIn werden, als zum Lehramtsstudium zugelassen werden.
- Dort haben LehrerInnen eine geringere Lehrverpflichtung als wir (schon VOR dem „Schmarrn“ [© Fritz Neugebauer] namens „Dienstrecht NEU“).
- Dort sind die Klassen kleiner als bei uns.
- Dort werden LehrerInnen von einem vielfältigen Supportpersonal bei ihrer Arbeit unterstützt.
- Dort verdienen LehrerInnen im Vergleich mit den anderen AkademikerInnen weit mehr als Österreichs LehrerInnen.



8 OECD (Hrsg.), What Makes Schools Successful? (2013), Seite 96  
 9 OECD (Hrsg.), Lessons from PISA 2012 for the United States (2013), Seite 46  
 10 OECD (Hrsg.), What Makes Schools Successful? (2013), Seite 367

(Fortsetzung folgt.)

MAG. VERENA HOFER,  
PRESSEREFERENTIN DER  
AHS GEWERKSCHAFT  
verena.hofer@goed.at



## Neues vom Konsument

### Zahlscheinentgelte: Zusätzliche Entgelte sind gesetzwidrig, VKI startet Sammelaktion

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat den langjährigen Rechtsstreit um das von vielen Unternehmen verlangte „Zahlscheinentgelt“ nunmehr abschließend entschieden: In einem Verbandsklageverfahren des Vereins für Konsumenteninformation (VKI) – geführt im Auftrag des Sozialministeriums – verurteilte der OGH T-Mobile exemplarisch für viele andere Unternehmen zur Unterlassung entsprechender Klauseln in den AGB. Die Entscheidung ist endgültig.

### Mobilfunk: „Abschlagszahlungen“ bei Anbieterwechsel gesetzwidrig

Der Verein für Konsumenteninformation (VKI) führte – im Auftrag des Sozialministeriums – eine Verbandsklage gegen den Telekom-Anbieter T-Mobile. Die weitere Zahlung der Grundentgelte sowie eine Rückverrechnung von Rabatten sowie eine zusätzliche „Abschlagszahlung“ von 80 Euro sind laut Oberstem Gerichtshof (OGH) gesetzwidrig. Ähnliche Klauseln dürfen in Zukunft nicht mehr verwendet werden. Bereits kassierte Abschlagszahlungen sind den Kunden auf Aufforderung zurückzuzahlen.

ÖFFENTLICHES MEDIUM  
Dieses Medium liest der



»OBSERVER«  
Medienbeobachtung & Analyse  
www.observer.at

Bitte geben Sie zur Erhaltung Ihrer Ansprüche

#### ÄNDERUNGEN IHRER ADRESSE, IHRES NAMENS ODER KARENZURLAUBE

möglichst rasch unserem Büro bekannt.

Adresse: AHS-Gewerkschaft, Lackierergasse 7, 1090 Wien

Bei Karenzurlauben bitten wir um Angabe der Art (bezahlt oder unbezahlt), der voraussichtlichen Dauer und des voraussichtlichen Geburtstermines.

Service für unsere Mitglieder

#### HABEN SIE FRAGEN? BRAUCHEN SIE HILFE?

Tel.: 01/405 61 48, Fax: 01/403 94 88, E-Mail: office.ahs@goed.at

In allen dienst- und besoldungsrechtlichen Angelegenheiten beraten wir Sie gern oder suchen für Sie eine Lösung! Anfragen können nur unter Angabe der Mitgliedsnummer behandelt werden!

Adresse: AHS-Gewerkschaft, Lackierergasse 7, 1090 Wien



# Auszeichnungen und Ernennungen

## DER BUNDESPRÄSIDENT HAT VERLIEHEN:

### DEN TITEL OBERSTUDIENRÄTIN / OBERSTUDIENRAT:

Mag. Dr. Günther Bärnthaler	Prof. am BRG Salzburg, Akademiestraße
Mag. Ruth Erlach	Prof. am BG/BRG Wien XV, Diefenbachgasse
Mag. Helmut Friedl	Prof. am Christian-Doppler-Gymnasium Salzburg, Franz-Josef-Kai
Mag. Wolfgang Gmeiner	Prof. am BORG Götzis
Mag. Gisela Golser	Prof. am BG/BRG Enns
Mag. Friederike Hellwig	Prof. am BRG/BORG Wien XV, Henriettenplatz
Mag. Alfred Janesch	Prof. am BG/BRG Völkermarkt
Mag. Angelika Kragl	Prof. am BRG Linz, Landwiedstraße
Mag. Hans Macher	Prof. am BG/BRG Wien XV, Diefenbachgasse
Mag. Beatrix Maurer-Mach	Prof. am BG/BRG Wien XV, Diefenbachgasse
Mag. Thomas Möst	Prof. am Gymnasium der Oblaten des hl. Franz von Sales in Prambachkirchen
Mag. Gudrun Portisch	Prof. am BG/BRG Wien XV, Diefenbachgasse
Mag. Manfred Richter	Prof. am BG/BRG/wiku BRG Wien VI, Amerlingstraße
Mag. Elisabeth Schönbrunner	Prof. am BG/BRG Wien XV, Diefenbachgasse
Mag. Andrea Staebner-Gadenstätter	Prof. am G/ORG St. Ursula-Salzburg in Elsbethen
Mag. et Dr. Otto Tost	Prof. am BRG Wörgl
Mag. Herbert Weiss	Prof. am BG/BRG Graz, Oeverseegasse
Mag. Herbert Wiesinger	Prof. am Gymnasium der Oblaten des hl. Franz von Sales in Prambachkirchen

### DEN TITEL HOFRÄTIN / HOFRAT:

Prof. Mag. Karl Hödl	Leiter am G/RG des Schulvereins Kollegium Aloisianum Linz, Freinbergstraße
Mag. Walter Jahn	Direktor am BG/BRG Wien II, Wohlmutstraße
Prof. Mag. Wolfgang Leberbauer	Leiter am Gymnasium des Schulvereins d. Benediktinerstiftes Kremsmünster
Prof. Mag. Josef Ratzenböck	Leiter am Gymnasium des Schulvereins Europagymnasium v. Guten Hirten in Baumgartenberg
Mag. Berthold Reiter	Direktor am BRG solarCity Linz, Heliosallee
Mag. Ingeborg Schneider	Direktorin am BG/BRG Wien XXII, Heustadelgasse

### DER BUNDESPRÄSIDENT HAT ERNANNT:

Prof. Mag. et Dr. Gabriele Fenkart	zur Direktorin des BRG Klagenfurt Viktring, Stift Viktring Straße
------------------------------------	---

### DAS BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FRAUEN HAT BESTELLT:

Mag. Klaus Bachler	zum Direktor am BG/BRG Steyr
Prof. Mag. Robert Baldauf	zum Direktor des BG/BRG Wien III, Hagenmüllergasse
Prof. Mag. Claudia Bouvier	zur Direktorin des BG/BRG Wien XI, Gottschalkgasse
Prof. Mag. Susanne Casanova-Mürkl	zur Direktorin am BG/BRG Neunkirchen
Prof. Mag. Gottfried Ellmayer	zum Direktor des BRG/BORG Wien XV, Henriettenplatz
Prof. Mag. Alfred Kerber	zum Direktor des BRG/BORG Telfs
Prof. MMMag. et Dr. Markus Krainz	zum Direktor des BG/BRG Ingeborg Bachmann Klagenfurt, Ferdinand-Jergitsch-Straße
Mag. Peter Pommer	zum Direktor am BORG Jennersdorf
Prof. Mag. et Dr. Andreas Schuller	zum Direktor des BORG Hermagor
Prof. Mag. Josef Spreitz	zum Direktor am BG/BRG Amstetten
Prof. Mag. Manuela Wallner	zur Direktorin des BG/wiku BRG Wien XVIII, Haizingergasse
Prof. Mag. Franz Weigl	zum Direktor des BORG Perg

### DIE BUNDESLEITUNG GRATULIERT IHREN MITGLIEDERN!

## Dank an Mag. Peter Friebel

Von Mag. Verena Hofer,  
Pressereferentin der AHS Gewerkschaft

Mit 27. August 2014 ist Kollege Mag. Peter Friebel aus der Bundesleitung ausgeschieden. Nach dem Lehramtsstudium der Mathematik und Physik an der Universität Wien unterrichtete er ab dem Schuljahr 1986/87 in Wiener Neustadt, Gröhrmühlgasse, im Schuljahr 2012/13 an der Sir-Karl-Popper-Schule und ist seit 2013 Lehrer am BG/BRG Mödling, Franz-Keim-Gasse.

Seine Arbeit in der Personalvertretung begann 1995 als Mitglied im Dienststellenausschuss des BRG Wiener Neustadt, wo er bis 2004 aktiv mitwirkte. In den Jahren 2003/04 sowie seit 2006 ist Mag. Friebel Mitglied im Fachausschuss Niederösterreich, seit 2004 Mitglied im Zentralausschuss AHS (seit 2012 auch als stv. Vorsitzender).

Seine gewerkschaftliche Tätigkeit nahm er 1992 im gewerkschaftlichen Betriebsausschuss am BRG Wiener Neustadt auf, dessen Vorsitz er von 1992 bis 2010 führte. Seit 2003 ist er Mitglied in der Landesleitung der AHS Gewerkschaft Niederösterreich, 2004 und seit 2010 auch in der Funktion als stv. Vorsitzender. Seit 2004 war er Mitglied der Bundesleitung der AHS Gewerkschaft, seit 2007 Dienstrechtsreferent.

Lieber Peter, die Bundesleitung dankt dir herzlich für deine langjährige Tätigkeit, die du mit großem Engagement und einzigartiger Kompetenz in juristischen Fragen geleistet hast. Vielen Kolleginnen und Kollegen bist du in deiner Funktion als Personalvertreter an deiner Schule und im Fachausschuss Niederösterreich beratend und hilfreich zur Seite gestanden. In pädagogischen Fragen ging es dir stets um den Erhalt des differenzierten Schulwesens und eine Allgemeinbildung auf hohem Niveau. Viele hast du als Dienstrechtsreferent erfolgreich durch den Dschungel des Dienst- und Schulrechts geführt, dich für die dienstrechtliche Absicherung sowie für die Weiterbeschäftigung von Kolleginnen und Kollegen mit befristeten und unsicheren Verträgen eingesetzt. Deine Mitarbeit bei der Erarbeitung von Stellungnahmen zu Gesetzesentwürfen und dein souveräner Überblick in Sachfragen hat uns vor vielen geplanten Widrigkeiten des Dienstgebers bewahrt. Diese wenigen Worte können nicht ausdrücken, was du an Arbeitseinsatz für uns alle erbracht hast. Wir danken dir dafür und wünschen dir von Herzen alles Gute!



## Nachfolger Georg Stockinger stellt sich vor

*Ich heiße Georg Stockinger, unterrichte seit 15 Jahren am BORG-Nonntal in Salzburg Mathematik, Geschichte und Informatik, bin langjähriges GÖD-Mitglied, DA-Vorsitzender und Mitglied der Landesleitung und seit einem Jahr FA-Vorsitzender in Salzburg. Ab Herbst folge ich unserem geschätzten Kollegen Mag. Peter Friebel als Dienstrechtsreferent der Bundesleitung AHS nach. Die Motivation, mich – oft ehrenamtlich – zu engagieren, entspringt meiner Überzeugung, dass man für Rechte immer auch Verpflichtungen eingeht – individuell wie kollektiv. Ich profitiere heute sehr von den Leistungen von Generationen von Gewerkschaftsfunktionärinnen und Mitgliedern – deren Mut und Opferbereitschaft ich zu schätzen weiß. Neben dem Unterricht und der Personalvertretung stehen für mich die Erhaltung, Verbesserung und Stärkung unseres differenzierten Schulwesens und die länderübergreifende Zusammenarbeit aller Schulpartner und Schultypen auf meiner To-do-Liste. Ich freue mich auf eine gute, konstruktive Zusammenarbeit. Ich bin erreichbar unter der Telefonnummer 0699 / 1413 7571 oder per E-Mail unter [geod\\_ahs.dienstrecht@yahoo.de](mailto:geod_ahs.dienstrecht@yahoo.de) oder [georg.stockinger@oepu.at](mailto:georg.stockinger@oepu.at).*

**DAS SAGT DER „BILDUNGSEXPERTE“:**

Wenige Wochen, nachdem „Bildungsexperte“ Salcher seine Rechenkünste in der ORF-Serie „Wir sind Kaiser“ unter Beweis gestellt hatte (nachzusehen auf [www.youtube.com](http://www.youtube.com)), glaubte er behaupten zu müssen, Österreich habe „im internationalen Vergleich erschreckend hohe Drop-out-Raten“.<sup>1</sup>

**MAG. GERHARD RIEGLER,  
MITGLIED DER BUNDESLEITUNG**  
gerhard.riegler@goed.at

Die Erklärung, was er als „Drop-out-Rate“ versteht, blieb Salcher schuldig. In Österreich beenden jedenfalls besonders wenige SchülerInnen ihre Schullaufbahn, ohne die Sekundarstufe II erfolgreich abgeschlossen zu haben.

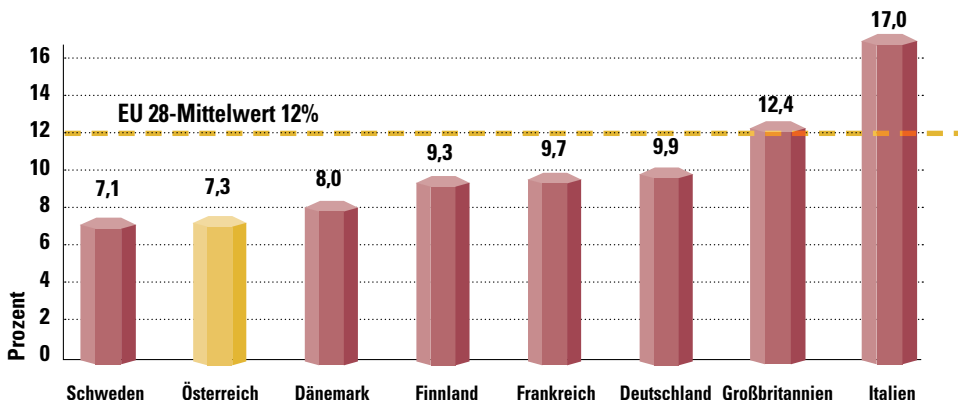
Ein Kennzeichen unseres Schulwesens ist es, dass Schulabschlüsse von den meisten SchülerInnen ohne Zeitverlust erreicht werden, was dem Individuum einen früheren Einstieg ins Erwerbsleben ermöglicht und dem Staat viel Geld erspart.

Um sich nicht neuerlich zu blamieren, hätte „Bildungsexperte“ Salcher auch im Nationalen Bildungsbericht nachlesen können: „Bei der Beschäftigung der Absolventinnen und Absolventen oder bei der Vermeidung des frühen Schulabbruchs liegt Österreich im Spitzenfeld.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Dr. Andreas Salcher, Tiroler Tageszeitung vom 19. Juni 2014  
<sup>2</sup> BIFIE (Hrsg.), „Nationaler Bildungsbericht - Österreich 2012“ (2013), Band 2, Seite 317

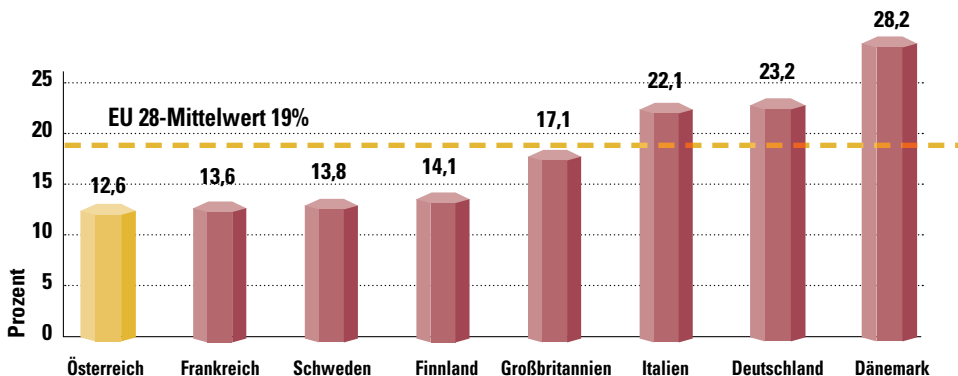
**fakt ist ...**

**18- BIS 24-JÄHRIGE, DIE IHRE SCHULLAUFBAHN OHNE EINEN ÜBER DEN PFLICHTSCHULABSCHLUSS HINAUSGEHENDEN SCHULABSCHLUSS BEEENDET HABEN (Stand 2013):**



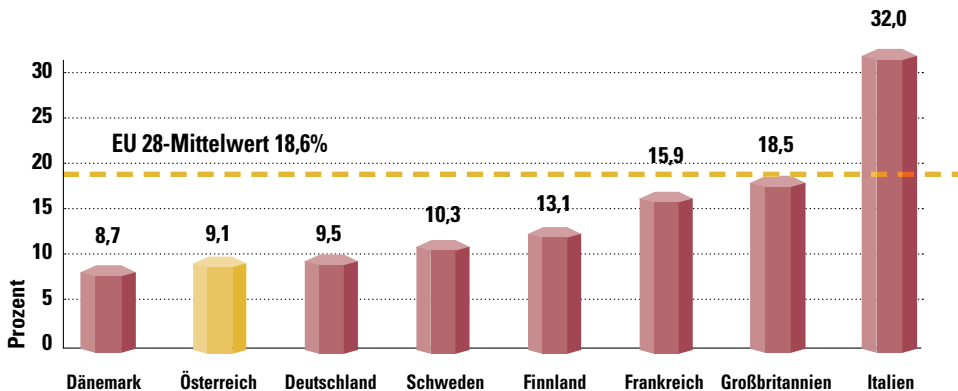
**fakt ist ...**

**20- BIS 24-JÄHRIGE, DIE NOCH KEINEN SEK II-ABSCHLUSS GESCHAFFT HABEN (Stand 2013):**



**fakt ist ...**

**20- BIS 24-JÄHRIGE, DIE WEDER IN AUSBILDUNG NOCH IM BERUF STEHEN (Stand 2013):**



Quellen: Eurostat-Datenbank, Abfrage vom 23. August 2014

MAG. DR. ECKEHARD QUIN,  
VORSITZENDER DER  
AHS-GEWERKSCHAFT  
eckehard.quin@goed.at

# (Wert)Schätzung

„Erst beim Abfassen der Steuererklärung kommt man dahinter, wieviel Geld man sparen würde, wenn man gar keines hätte“, meinte einst der französische Filmkomiker Joseph Contandin, der unter dem Künstlernamen „Fernandel“ als Don Camillo weltberühmt wurde.

Vielleicht können Sie sich, geschätzte Leserinnen und Leser, aus Ihrem Geschichtsunterricht noch an die Boston Tea Party erinnern, bei der im Dezember 1773 aufgebrachte Bürger 45 Tonnen Tee dreier Schiffe der East India Trading Company in den Bostoner Hafen warfen. Dieser Markstein auf dem Weg in den Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg wird meist sehr verkürzt als Revolte der Kolonisten<sup>1</sup> gegen eine Steuererhöhung dargestellt. (Als Historiker möchte ich anmerken, dass der konkrete Anlass, der Tea Act des britischen Parlaments, zu einer Verbilligung des Tees geführt hat. Die Gründe für den Widerstand der Kolonisten waren deutlich komplexer, aber das ist eine andere Geschichte.) Eines können wir daraus trotzdem lernen: Wer es mit Steuern übertreibt, bekommt ein massives politisches Problem.

„Die Regierung rechnet für die kommenden Jahre mit stark steigenden Steuereinnahmen. Insgesamt sollen die Steuern laut dem Strategiebericht der Regierung bis 2018 um 19,4 Prozent steigen. Besonders stark belastet werden die Lohnsteuerzahler, die über die ‚kalte Progression‘ einen wesentlichen Beitrag zur Budgetsanierung schultern. [...] Ähnlich stark wie die Lohn- und die Einkommensteuer steigt kein anderer großer Einnahmenposten des Staates.“<sup>2</sup> Anders ausgedrückt: Die Steuern auf Arbeit – unabhängig davon, ob diese nun unselbständig oder selbständig erbracht wird – tragen überproportional die Lasten der Staatsfinanzierung.

Ich möchte nicht so weit gehen wie Ephraim Kishon, der einmal mit der ihm eigenen Ironie meinte: „Der Sturz des kapitalistischen Systems ist unvermeidlich. Er wird durch die Einkommensteuer erreicht werden.“ Aber es besteht zweifellos akuter Handlungsbedarf, weil die oben beschriebene Entwicklung nach meinem Verständnis nicht nur zutiefst unge-

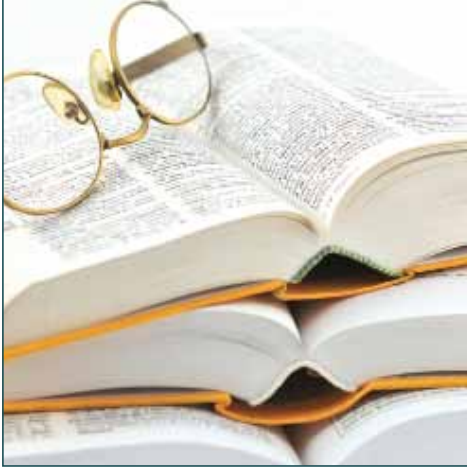
recht ist, sondern auch zu einer ökonomisch gefährlichen Schwächung der Kaufkraft eines großen Teils der Bevölkerung führt.

Aus diesem Grund hat die Gewerkschaft die Kampagne „LOHNSTEUER RUNTER!“ gestartet, die online<sup>3</sup> (mit oder ohne Veröffentlichung des Namens) oder auf Papier<sup>4</sup> unterstützt werden kann. Sie wird von allen Gruppierungen im ÖGB getragen.<sup>5</sup> Das am 18. September 2014 präsentierte konkrete Konzept enthält selbstverständlich auch verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten der Steuerreform.

Niemand gibt sich der Illusion hin, Besteuerung jemals populär machen zu können, aber eine gerechtere Lastenverteilung ist möglich und dringend erforderlich, denn die oben zitierten Schätzungen der Regierung zur Steuerentwicklung zeigen, dass die Bundesregierung eines jedenfalls nicht weiß – die Arbeit der Steuerzahler zu schätzen.



- 1 Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.
- 2 Lohnsteueraufkommen überflügelt Umsatzsteuer. In: Standard online vom 30. April 2014, <http://derstandard.at/1397522117776/Lohnsteueraufkommen-ueberfluegelt-Umsatzsteuer>.
- 3 <http://www.lohnsteuer-runter.at/>
- 4 Das Formular steht auf <http://www.lohnsteuer-runter.at/downloads/Unterschriftenliste.pdf> zum Download bereit.
- 5 Die Aussagen von ÖGB-Präsident Erich Foglar und ÖGB-Vizepräsident Dr. Norbert Schnedl von Ende Mai 2014 kann man auf [www.quintessenzen.at](http://www.quintessenzen.at) unter „OTS“ nachhören.



„Wir sollten nicht vergessen: Es gibt schon eine gemeinsame Schule, nämlich die der Sechs- bis Zehnjährigen – die Volksschule. Und die schafft es überhaupt nicht, soziale Unterschiede auszugleichen.“

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Konrad Paul Liessmann, Kurier vom 23. August 2014**



„Kinder sollten gefordert und gefördert werden, damit sich für jeden das maximal mögliche Niveau kognitiver Leistungsfähigkeit herausbilden kann. Fordern und fördern heißt, dass den jeweiligen Prädispositionen entsprechende Angebote gemacht werden, die weder unter- noch überfordern.“

**Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (Hrsg.), Frühkindliche Sozialisation (Juli 2014), S. 11**

## nachgeschlagen

„The earlier pupils are separated into different tracks, the lower the dropout rate from secondary school.“

**Univ.-Prof. Dr. Holger Bonin et al., Youth Unemployment in Europe – Appraisal and Policy Options (Mannheim 2014), S. 55**

„... mit der Achtung jedes einzelnen Jugendlichen schafft die Lehrperson Ungleichheit: die individuelle Förderung entsprechend der mitgebrachten Voraussetzungen, der Begabung, des Interesses sowie des Lernwillens.“

**Univ.-Prof. Dr. Harro Müller-Michaels, Gleichheit oder Gerechtigkeit? Ziele der Bildung und empirischen Forschung. In: Profil (Zeitung des dphv) vom Juli/August 2014, S. 25-34, hier S. 26**



„Immer mehr zeigt sich der utopische, weltfremde Charakter einer Heilsidee, die über keinen positiven Begriff von Ungleichheit verfügt. Als ergäbe sich aus der Gleichheit vor dem Gesetz (oder vor Gott) die Notwendigkeit, jedweden empirischen Unterschied zu ignorieren.“

**Christian Geyer-Hindemith, Eine unglaubliche Gleichmacherei. In: FAZ online am 21. Juli 2014**

**P. b. b. ■ Erscheinungsort Wien ■ Verlagspostamt 1010 Wien ■ GZ 03Z035306M**

**Ein Ersuchen an den Briefträger:** Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit.

-----  
Name

-----  
Straße/Nr.

-----  
Postleitzahl/Ort

Besten Dank